

Stand: 27.01.2026 17:47:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4366

"Europäische Kohäsionspolitik ab 2028 - Mitgestaltung statt Top-down, Interessen Bayerns verteidigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4366 vom 11.12.2024
2. Beschluss des Plenums 19/4383 vom 12.12.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 12.12.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Börtl, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Europäische Kohäsionspolitik ab 2028 – Mitgestaltung statt Top-down, Interessen Bayerns verteidigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt und unterstützt die intensiven Bemühungen der Staatsregierung um eine europäische Kohäsionspolitik, die den Ländern und Regionen Gestaltungsspielräume gibt und auch im Freistaat Bayern wichtige Entwicklungen fördert. Vor allem seit Bekanntwerden der Ideen der Europäischen Kommission zur Umgestaltung der Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2028 ist die Staatsregierung im Schulterschluss mit anderen starken Regionen in Europa in vielfältiger Weise tätig.

Der Landtag lehnt Überlegungen ab, die Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene in Zukunft mehr zu zentralisieren und damit die Länder und Regionen aus der gemeinsamen Gestaltung dort auszuschließen. Es ergeben sich dadurch keine Effizienzgewinne, dafür würde aber das Europa starker Regionen massiv geschwächt. Es widerspräche dem Gedanken des „Näher am Menschen“, und damit auch dem europäischen Gedanken der Subsidiarität.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich weiterhin und mit Nachdruck für eine Kohäsionspolitik ab 2028 einzusetzen, die insbesondere

- an der bewährten Einbindung der Regionen und Länder festhält und diese nicht ausschließt,
- weiterhin auch stärker entwickelte Regionen in die Förderung miteinbezieht,
- angemessene Mittel bereitstellt und die besondere Situation der Grenzregionen in den Blick nimmt,
- rechtliche Unsicherheiten beseitigt,
- in den Verwaltungsverfahren Bürokratie einspart.

Begründung:

Die Kohäsionspolitik macht etwa ein Drittel des gesamten EU-Haushalts aus. Im aktuellen EU-Finanzrahmen bis 2027 belaufen sich die Mittel in den einzelnen Programmen (z. B. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+), Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)) auf insgesamt 392 Mrd. Euro. Mit diesen Mitteln wird gezielt in den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union investiert.

Die Staatsregierung tritt seit langem und mit Erfolg dafür ein, dass auch der Freistaat von der Kohäsionspolitik in vielfacher Hinsicht profitiert. Mit den Mitteln aus ESF+, EFRE und ELER können in Bayern wichtige Projekte mitfinanziert werden.

Im Sommer 2024 sind Ideen der Europäischen Kommission bekannt geworden, die auf eine tiefgreifende Umgestaltung der Kohäsionspolitik ab 2028 abzielen: Die Kohäsionspolitik und ihre Umsetzung sollen „zentralisiert“ und nur noch zwischen Europäischer Kommission und den Mitgliedstaaten verhandelt werden. Die Länder und Regionen blieben in Zukunft vor der Tür, könnten nicht mehr mitgestalten. Dies widerspricht dem Verständnis eines Europas der starken Regionen.

Die Staatsregierung tritt diesen Überlegungen intensiv entgegen, etwa zuletzt indem sie einen mit Niederösterreich einen entsprechenden Beschluss des Power-Region-Gipfels am 20. November 2024 initiiert hat. Die Staatsregierung ist auch im Konzert der Länder und mit anderen europäischen Regionen in enger Zusammenarbeit. Der Landtag begrüßt und unterstützt diese vielfältigen Bemühungen und fordert die Staatsregierung auf, im Interesse Bayerns diese intensiv und nachhaltig fortzuführen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/4366

Europäische Kohäsionspolitik ab 2028 - Mitgestaltung statt Top-down, Interessen Bayerns verteidigen

Der Landtag begrüßt und unterstützt die intensiven Bemühungen der Staatsregierung um eine europäische Kohäsionspolitik, die den Ländern und Regionen Gestaltungsspielräume gibt und auch im Freistaat Bayern wichtige Entwicklungen fördert. Vor allem seit Bekanntwerden der Ideen der Europäischen Kommission zur Umgestaltung der Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2028 ist die Staatsregierung im Schulterschluss mit anderen starken Regionen in Europa in vielfältiger Weise tätig.

Der Landtag lehnt Überlegungen ab, die Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene in Zukunft mehr zu zentralisieren und damit die Länder und Regionen aus der gemeinsamen Gestaltung dort auszuschließen. Es ergeben sich dadurch keine Effizienzgewinne, dafür würde aber das Europa starker Regionen massiv geschwächt. Es widerspräche dem Gedanken des „Näher am Menschen“, und damit auch dem europäischen Gedanken der Subsidiarität.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich weiterhin und mit Nachdruck für eine Kohäsionspolitik ab 2028 einzusetzen, die insbesondere

- an der bewährten Einbindung der Regionen und Länder festhält und diese nicht ausschließt,
- weiterhin auch stärker entwickelte Regionen in die Förderung miteinbezieht,

- angemessene Mittel bereitstellt und die besondere Situation der Grenzregionen in den Blick nimmt,
- rechtliche Unsicherheiten beseitigt,
- in den Verwaltungsverfahren Bürokratie einspart.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Matthias Vogler

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Martin Böhm

Abg. Ulrike Müller

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe noch zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Markus

Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Europa stärken: Für eine zukunftsfähige regionale Strukturpolitik (Drs. 19/4315)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Europäische Kohäsionspolitik ab 2028 - Mitgestaltung statt Top-down,

Interessen Bayerns verteidigen (Drs. 19/4366)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Vizepräsidenten Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuellen Krisen in Europa und weltweit ziehen große politische und hohe finanzielle Herausforderungen für die Europäische Union nach sich. Unmittelbar nach der Wahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin gibt es in Brüssel bereits intensive Verteilungskämpfe und Debatten über die Frage, wie europäische Gelder ab 2028 eingesetzt werden. Es gibt neue Aufgaben und Notwendigkeiten: Ukrainehilfen – militärisch, humanitär und infrastrukturell. Europa hat seit Kriegsbeginn für die Ukraine knapp 100 Milliarden Euro ausgegeben und ist damit noch vor den Vereinigten Staaten von Amerika mit 88 Milliarden Euro stärkster Unterstützer. Es gibt die Versprechen, dass die Ukraine auch nach dem Krieg beim Wiederaufbau unterstützt wird.

Wir müssen die europäische Verteidigungsbereitschaft mit Blick auf neue Bedrohungslagen erhöhen. Die Nationalstaaten sind auch dabei allein für sich nicht stark genug

und müssen innerhalb der europäischen Gemeinschaft ihre Verteidigungsbemühungen ausweiten. Wir sind gewillt, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, weil Konkurrenten viel Geld für Rüstung ausgeben. Ich denke an die Amerikaner mit ihrem Inflation Reduction Act zur Unterstützung ihrer Industrie. Ich denke an die hoch subventionierte Industrie in China. Europa kann, wenn es wettbewerbsfähig bleiben und noch besser werden möchte, nicht hintanstehen.

Ich denke an den Klimaschutz. Wir hatten im vergangenen Jahr weltweit das wärmste Jahr seit 100.000 Jahren. Wir sind also verpflichtet, konkret etwas zu tun, den Green Deal voranzubringen und den Klimaschutz zu stärken.

Migration ist ein Thema, das erfordert, Geld in die Hand zu nehmen. Bestehende Strukturen innerhalb der Europäischen Union – ich denke an unsere Landwirte in Bayern, aber auch anderswo – haben die Erwartung auch künftig unterstützt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt neue Aufgaben und neue Notwendigkeiten. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es knappe Kassen. Insbesondere die großen Länder werden in den nächsten Jahren nicht mehr aus dem Vollen schöpfen können. Hohe Schuldenstände gibt es in Frankreich, Spanien und Italien. Kleinere Länder, die besser gehaushaltet haben, wie Estland, Bulgarien oder Litauen werden selbst in Addition nicht dazu in der Lage sein, einen solch großen Topf in Europa bereitzustellen, dass all die neuen Aufgaben und Notwendigkeiten bezahlt werden können. Was ist das Ergebnis? – Das Ergebnis ist, dass von unseren europäischen Partnern, aber auch im transatlantischen Bereich die Forderung erhoben werden wird, Deutschland möge mehr Verantwortung übernehmen, weil Deutschland das einzige große Land ist, das haushalterisch so aufgestellt ist, dass es signifikant etwas leisten kann. Mehr Verantwortung von den Deutschen bedeutet also auch immer ein Stück weit mehr Geld von den Deutschen. Das ist das, was die nächste Bundesregierung, wer auch immer sie stellen wird, bei der Politik für die nächsten Jahre vor Augen haben und berücksichtigen muss.

Damit geht natürlich unmittelbar einher, dass es neue haushalterische Notwendigkeiten gibt, dass politischer Druck, insbesondere auf die regionale Strukturpolitik der Europäischen Union, besteht, Stichwort Kohäsionspolitik. Das ist ausgerechnet jene Politik, die unmittelbar vor Ort ankommt und Europa in der Region für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar spürbar macht. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger in Franken, im Allgäu, in der Oberpfalz und allen anderen bayerischen Regionen. Das sind Strukturgelder zur Förderung von Bildung, Innovation, Infrastruktur, Arbeitsplätzen und Digitalisierung. Dabei geht es durchaus um erhebliche Summen.

In den Jahren von 2014 bis 2020 wurde Bayerns Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur aus Europa mit einem Investitionsvolumen von 1.331.700.000 Euro gefördert. Dadurch sind in Bayern 4.300 neue Arbeitsplätze entstanden, und 21.600 Arbeitsplätze wurden gesichert. Auch in der aktuellen Förderperiode geht es um viel Geld: Sozialfonds 230 Millionen Euro für Bayern, EFRE-Fonds 577 Millionen Euro für Bayern und INTERREG-Fonds 51 Millionen Euro für das bayerisch-tschechische Verhältnis und 29 Millionen Euro für das Verhältnis Bayerns zu Österreich. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der Alpenraum und die Bodenseeregion werden hier unterstützt.

Frau von der Leyen will nun an diese Themen heran. Sie sagt, wir werden die Kohäsionspolitik neu aufsatteln müssen. Möglicherweise wird künftig weniger Geld zur Verfügung stehen. In Brüssel wird es möglicherweise die Notwendigkeit geben, den Kohäsionsfonds in größeren Töpfen aufgehen zu lassen. Vor allem gibt es die Planung, Regionalpolitik in den Nationalstaaten zu zentralisieren. Für Deutschland bedeutet das, dass die EU-Förderung für Bayern, Thüringen und das Saarland künftig in Berlin besprochen wird und nicht mehr in München, Erfurt und Saarbrücken. Die SPD sagt dazu: Das kann nicht sein. Das ist ein Angriff auf den Föderalismus. Die Bundesländer dürfen sich hier nicht um ihren Einfluss bringen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lassen uns nicht entmachten.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Kohäsionspolitik geht es darum, in der Bildung, der Infrastruktur, der Innovation, der Digitalisierung und durch das schnelle Internet in den ländlichen Räumen Chancen zu schaffen. Wir wollen ein nachbarschaftliches Miteinander mit Tschechien und Österreich im Zuge interregionaler Zusammenarbeit fortsetzen. Europäische Kohäsionspolitik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt gerade in Zeiten, in denen Populisten versuchen, Europa zu spalten. Hier zeigt die Kohäsionspolitik: Europa hält zusammen; denn jeder Euro, der in die Kohäsionspolitik fließt, ist eine Investition in die Zukunft. Am Ende profitieren wir in Bayern davon in besonderer Weise, sei es durch neue Märkte, stabilere Nachbarländer, gemeinsame Innovationen und insbesondere durch die Unterstützung unserer eigenen Regionen.

Die EU-Strukturprogramme bieten auch Bayern die Möglichkeit, seine Transformations- und Reformagenda zu adressieren. Sie sind das Fundament für ein starkes und geeintes Europa. Lassen wir uns also nicht spalten, sondern packen wir gemeinsam an für ein Europa, das zusammenhält, für ein Europa, das auch in der nächsten Generation stark ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Gerhard Hopp von der CSU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der letzte Tagesordnungspunkt vor der lang ersehnten Weihnachtspause. Er betrifft ein wichtiges Thema für Bayern und die bayerischen Regionen. Warum ist dieses Thema so wichtig? – Wir alle haben erlebt, dass Europa von starken und wettbewerbsfähigen Regionen lebt. Diese Situation war in den letzten Jahren für uns selbstverständlich. Jetzt sind wir bei vielen Punkten herausgefordert.

Es ist wichtig zu sagen, dass wir in Bayern diese Chancen und unsere stabilen Rahmenbedingungen für den Zusammenhalt, für die Wirtschaft und für die Menschen ge-

nutzt haben. Ein gutes Beispiel dafür sind Grenzregionen wie Ostbayern. Diese Region hat sich vom "Kältepol der Arbeitslosigkeit" – im Winter lag die Arbeitslosigkeit bei fast 50 % – zu einem Kraft- und Innovationszentrum Bayerns und Europas entwickelt. Dies wäre ohne die Grenzöffnung, ohne mutige Unternehmer und ohne Arbeitnehmer nicht möglich gewesen. Die Unternehmer haben mutig investiert, und die Arbeitnehmer waren fleißig. Sie wurden dabei durch eine sinnvolle, gute und nachhaltige Struktur- und Regionalförderung auf nationaler und europäischer Ebene unterstützt.

Entscheidend ist, dass bei dieser Förderung die Lage der Regionen berücksichtigt wurde. Die Zahlen wurden angesprochen: Allein in der jetzigen Förderperiode konnte über eine Milliarde Euro in die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze vor Ort investiert werden. Wir Bayern haben bewiesen: Wir machen etwas aus den Möglichkeiten, die uns Europa gibt.

Ich schaue auf die AfD. Es wäre eine Katastrophe, wenn Ihre Pläne und Vorschläge im Wahlprogramm, die nicht neu, aber umso erschreckender sind, umgesetzt würden. Sie wollen aus der EU und aus dem Euro aussteigen. Mit diesem Programm würden Sie die Axt an den Wohlstand und die Sicherheit unseres Landes legen. Wir müssen hier mit einer abgestimmten und sinnvollen Regionalpolitik gegenhalten. Wir müssen die EU erhalten und das Instrument der Strukturförderung in der neuen Periode ab 2028 fortentwickeln. Wir dürfen mit diesem Instrument aber nicht Erreichtes leichtfertig aufs Spiel setzen. Es gilt, die Regionen weiter zu stärken und eben nicht zu zentralisieren. Alle Erfahrungen zeigen, dass es für uns nicht gut ist, wenn Hauptstädte wie Berlin zentrale Entscheidungen treffen, ohne zu verstehen, wie die Lage bei uns vor Ort aussieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Präsident des Ausschusses der Regionen hat deshalb vollkommen recht mit seiner Kritik. Ich nenne ein Beispiel aus den Regionen, um es plastisch zu machen: Es wäre brandgefährlich, wenn in den Grenzregionen auf bayerischer Seite ab 2028

plötzlich keine europäische Förderung mehr möglich wäre, während auf der anderen Seite gefördert wird, weil die dortigen Hauptstädte anders entschieden haben. Ein massives Fördergefälle würde sich auftun. Stark Gewordene zu schwächen, ist der völlig falsche Ansatz. Das widerspricht dem Gedanken des gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraums, konterkariert die Erfolge der letzten Jahre und gefährdet am Ende nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Zusammenhalt in Europa, der jetzt dringender denn je notwendig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Länder müssen weiter mitgestalten und mitentscheiden können. Sie müssen vor allem unbürokratisch entscheiden können. Um den Regionen weiter eine Stimme zu geben, gibt es viel zu tun. Das muss unsere Antwort sein, nicht die Zentralisierung in die Hauptstädte.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD, über den wir heute diskutieren, gibt genau die Position wieder, die die CSU im Europäischen Parlament nicht erst seit heute, nicht nur in den letzten Wochen, sondern bereits seit Monaten vertritt, seit die ersten Vorstellungen der Europäischen Kommission im Frühsommer dieses Jahres bekannt wurden. Die Europa-Gruppe im Europäischen Parlament, die Bayerische Staatsregierung und die Staatskanzlei haben in intensiven Gesprächen versucht, einen Schulterschluss mit anderen Regionen zu erreichen.

Ende November gab es bereits einen Beschluss des Power-Region-Gipfels, den wir gemeinsam mit Niederösterreich initiiert haben. Unsere Fraktion war einige Tag vorher in Niederösterreich, um Kontakte zu knüpfen, sich Partner an die Seite zu holen und um unsere besondere Situation klarzumachen. Dieser Beschluss war ein erster Schritt. Wir werden nachdrücklich versuchen, den Regionen weiterhin eine Stimme zu geben. Was die SPD im Dezember 2024 fordert, leistet die CSU bereits auf allen politischen Ebenen.

Warum ist das im Hinblick auf die nächsten Debatten der Jahre 2025 und 2026 so wichtig? – Weil die Bundesregierung eben das nicht tut. Herr Kollege Rinderspacher, ich kann Ihnen das trotz aller persönlichen Wertschätzung und des Weihnachtsfriedens nicht ersparen. Die Bundesregierung hat dieses Thema in den letzten Monaten nicht nachdrücklich vertreten. Die Debatte hat im Juni dieses Jahres begonnen. Sie wurde damals aus dem Bundeskanzleramt sogar noch befeuert, indem der Koordinator für die EU-Finanzpolitik schon im Juni vorgeschlagen hat, die Mittel des Struktur- und Kohäsionsfonds anders zu verteilen. Damit hat er den ersten Ton gesetzt. Wir verfolgen aus den Regionen heraus diese Debatte sehr intensiv, weil es auch um unsere Zukunft geht. Der Bundeswirtschaftsminister Habeck hat im Juli die Frage zum Teil beantwortet, wie die Mittel verteilt werden sollen, die in den nächsten Jahren infrage stehen; Sie haben das bereits angesprochen. Er hat dann sofort infrage gestellt, ob denn die Fördergelder bei uns im reichen Bayern noch richtig angelegt sind und ob es noch sinnvoll ist, wenn gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht worden sind, von europäischer Seite aus zu fördern.

Diese Einschätzung zeigt mir einmal mehr, dass sowohl Wirtschaftskompetenz als auch Regionalkompetenz fehlen. Es ist das eine, eine Region zu stärken und zu unterstützen, nach oben zu kommen. Es ist das andere, zu verstehen, was es bedeutet, grenzüberschreitend zu arbeiten und den gemeinsamen Wirtschaftsraum zu erhalten. Man schwächt die Starken, indem man mit höheren Fördersätzen falsche Anreize setzt und beispielsweise zu Verlagerungen animiert. Damit werden unsere Arbeitsplätze wieder infrage gestellt. Das ist der vollkommen falsche Weg. Es wird das infrage gestellt, was wir uns hart erarbeitet haben.

Das war kein Rückenwind für uns in den Fraktionen und die Staatsregierung, um für unsere besondere Situation zu werben. Für uns ist es deswegen durchaus erstaunlich, dass zum Jahresende 2024 dieser nahezu gleichlautende Antrag eingebracht wird, der inhaltlich darauf aufsetzt, was wir als CSU in den Fraktionen, in den Parlamenten, in der Staatsregierung, also auf allen Ebenen bereits vorangetrieben haben. Vielleicht

ist er eingebracht worden vor dem Hintergrund des Wahlkampfs. Vielleicht möchte man auch Positionen vertreten, die in Bayern gut ankommen, die man bei uns gehört hat und die die CSU vertritt, unterstützt und einbringt, die man selbst aber offensichtlich in Berlin nicht eingebracht hat oder die das Bundeswirtschaftsministerium ein wenig spät eingebracht hat. Das Bundeswirtschaftsministerium hat das Thema mit der neuen Studie, in der auch die Lage der Grenzregionen thematisiert wird, ein wenig spät eingebracht. Das ist aus unserer Sicht Doppelmoral.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das hilft uns in der Sache nicht weiter. Wir sind uns bei den Anträgen einig, aber dieses Spiel, in Bayern das eine zu vertreten und in Berlin anders aufzutreten oder in Berlin nicht die Durchschlagskraft für Bayern zu haben, ist schlecht. Wie es genau verortet ist, das lasse ich mal dahingestellt. Es ist beides gleich schlecht. Das bringt uns in der bayerischen Sache nicht weiter.

Deswegen machen wir heute mit unserem Antrag, dem Nachzieher, ganz klar, was wir gemeinsam mit der Staatsregierung, gemeinsam mit den Fraktionen, gemeinsam auf allen parlamentarischen Ebenen tun. Wir sind uns darüber in der Diskussion einig, aber es bringt nichts, hier in Bayern das eine zu vertreten und in Berlin anders aufzutreten. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab und verweisen auf unseren Nachzieher, der sehr deutlich macht, wo wir tätig waren und sind und die Schwerpunkte setzen. Daran müssen wir im kommenden Jahr gemeinsam arbeiten und uns gemeinsam dafür einsetzen. Das wird der entscheidende Punkt sein. Wir müssen uns dafür einsetzen, auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen zu erhalten und die besondere Lage unserer Regionen zu verstehen und uns auch in Zukunft die Möglichkeiten an die Hand zu geben, vor Ort die Chancen zu nutzen, die uns die Politik gibt. Wenn wir die Chancen bekommen – das haben wir bewiesen –, dann nutzen wir sie in Bayern. Wir nutzen sie zum Wohl der Menschen, zum Wohl der Wirtschaft und zum Wohl unserer Heimat. Darum geht es und nicht um Schaufensteranträge kurz vor Weihnachten. Es geht um die Sache in der Debatte, die wir in Zukunft in der Kommission, in

Brüssel und in Straßburg hart führen werden. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, und ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Die erste kommt vom Kollegen Matthias Vogler für die AfD-Fraktion.

Matthias Vogler (AfD): Herr Kollege Hopp von der CSU, ich möchte zunächst einmal etwas klarstellen, weil Sie wieder vom Dexit und unserer Maximalforderung gesprochen haben. Sie können aber wohl den Unterschied nicht erkennen. Bei uns ist der Dexit klar eine Forderung, aber nur dann, wenn die EU nicht reformierbar ist und nicht zu ihren Kernkompetenzen, die sie einmal innehatte, zurückkehrt. Selbst wenn wir einmal die Regierung stellen, was hoffentlich bald passiert, damit Deutschland endlich wieder auf den richtigen Pfad kommt, werden wir das nicht eigenmächtig entscheiden; denn wir streben nach Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild. Das heißt, wir geben den Bürgern die Souveränität zurück, darüber zu entscheiden, und machen das nicht eigenmächtig. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

Ist es nicht auch ein bisschen scheinheilig, dass Ihre Fraktion – ob im Bund oder Land – als Union Forderungen aufstellt und sagt, wir sind nicht dafür, aber auf Bundes- oder EU-Ebene genau das Gegenteil davon tut? Sie schmeißen den Bürgern immer wieder Sand in die Augen. Vielleicht können Sie hierzu einmal etwas sagen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Danke für die Zwischenbemerkung, die in der Sache überhaupt nichts mit unserem Thema zu tun hat. Ihre Zwischenbemerkung gibt mir aber die Gelegenheit, einmal mehr zu unterstreichen, dass mit diesem Schwadronieren von Dexit, mit diesem Schwadronieren von Ausstieg aus der Europäischen Union, Verunsicherung geschürt wird.

(Beifall bei der CSU)

Sie setzen diese Themen leider im Parlament so. Damit schüren Sie Verunsicherung, die uns schon jetzt wirtschaftlich schadet. Sie bringt schon jetzt Menschen auseinander. Sie sind so damit beschäftigt zu spalten, dass Sie vergessen haben, welches hohe Gut es ist, mitten in Europa miteinander gestalten zu können. Sie haben einmal mehr bewiesen, dass Sie in der Sache nichts beitragen können. Sie wollten nur wieder einmal für Facebook einen neuen Beitrag aufnehmen. Sie können nichts zu dieser Debatte hier beitragen. Deswegen konnten Sie wieder nur auf allgemeines Schwadronieren abzielen. Vielen Dank für die Möglichkeit, hierauf zu reagieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Kollege Hopp, du hast vorhin gesagt, Robert Habeck hätte gesagt, das reiche Bayern solle nicht mehr so viel Geld bekommen. Das ist falsch. Die Aussage von Robert Habeck und vom Bundeswirtschaftsministerium – ich glaube, die ist schon vollkommen richtig – war vor allem, dass die Kohäsionspolitik dahingehend überdacht und verändert werden muss, dass man das Ganze nicht mehr rein aufgrund der finanziellen Verhältnisse betrachten soll, sondern vor allem vor dem Hintergrund der Zukunftsfrage. Regionen, die heute gut dastehen, können in Zukunft möglicherweise nicht mehr wettbewerbsfähig sein und umgekehrt. Genau darum muss es in Zukunft bei der Regionalförderung stärker gehen. Man soll nicht mehr irgendwelche finanziellen Schwächen als Indikator nehmen, sondern grundsätzliche, strukturelle und langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Findest du das falsch, solche Reformen anzustreben? Oder wie soll ich die Äußerung verstehen?

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Ich habe den Ausschnitt aus dieser Diskussion vom Juli dieses Jahres dabei, den ich dir nachher gerne geben kann. Damals wurde das Thema erstmals angesprochen. Ich bin vollkommen davon überzeugt, dass Habeck eben genau das gemeint hat, dass Mittel in Bayern nicht mehr gut angelegt sind, weil

er es genau so gesagt hat. Er hat gesagt – Zitat –: "Wenn gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht worden sind, dann steht es infrage, dass hier noch Mittel eingesetzt werden sollen." – Er meinte damit Baden-Württemberg und Bayern. Danach begann – das habe ich in meiner Rede auch angesprochen – ein Denkprozess in seinem Ministerium, ob das denn wirklich sinnvoll ist. Jetzt kommt die Forschungsstudie, die du mir persönlich gegenüber bereits angesprochen hast, indem man erstmals untersucht, was passiert, wenn man Ländern wie Baden-Württemberg und Bayern diese Mittel nicht mehr gibt. Aus meiner Sicht würde man dann die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sofort wieder aufs Spiel setzen. Das meinte ich vorhin damit, dass hier offensichtlich das regionale Verständnis und das Verständnis für regionale Wirtschaftspolitik fehlen. Das wäre die Konsequenz der Debatte vom Sommer dieses Jahres gewesen. Es war so verheerend, so einzusteigen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Deswegen war es ein vollkommen falsches Signal vom Bundeswirtschaftsminister, hier einmal mehr sofort auf Bayern zu zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die letzte kurze Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Hochgeschätzter und lieber Kollege Dr. Hopp, ich würde es bedauern, wenn wir diese Debatte der Gemeinsamkeit unnötig parteipolitisch aufladen würden. Ihnen wird nicht entgangen sein, dass ich in meiner Rede darauf verzichtet habe. Ich hätte auch einen Frontalangriff auf die CDU-Politikerin von der Leyen und auf das Versagen der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament initiieren können. Ich habe ganz bewusst darauf verzichtet, weil ich nämlich froh bin, dass man in den Landeshauptstädten München, Potsdam, Schwerin, Mainz und Saarbrücken ungeachtet der Farbigkeit der Regierung gemeinsam der Meinung ist, dass das, was in Brüssel im Moment geplant ist, nicht gut für die Bundesländer ist.

Alle Regierungen aus den Ländern haben in den unterschiedlichsten Bereichen an einem Strang gezogen. Das Parlament von Niedersachsen hat beispielsweise in großem Einvernehmen von Schwarz, Grün und Rot gemeinsame Resolutionen verfasst, dass wir an der Kohäsionspolitik festhalten wollen. Ich würde mich freuen, wenn uns das in Bayern auch gelingen würde, weil wir hier alle an einem Strang ziehen. Vor diesem Hintergrund würde ich mich freuen, wenn es uns nicht nur wegen der Weihnachtspause, sondern prinzipiell gelingen würde, diese Gemeinsamkeit herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Ich möchte zwei Punkte anmerken: Zum einen ist es unsere Pflicht, als Vertreter im Bayerischen Landtag darauf hinzuweisen, wo unsere Interessen verteidigt werden müssen.

Zum Zweiten ist es unsere Aufgabe, das gemeinsam zu tun und es dann auch von Berlin einzufordern. Ich glaube, es ist vollkommen richtig, darauf hinzuweisen, dass dieses Verständnis auch im Bundeskanzleramt für unsere besondere Lage offensichtlich nicht da war und nicht da ist, unabhängig von der Parteipolitik.

Wer im Kanzleramt sitzt, werden wir im nächsten Jahr sehen. Wir sind vollkommen davon überzeugt, als Union wieder den Kanzler stellen zu können. Dann werden wir uns in die Verantwortung nehmen lassen. Aber ich glaube, es ist richtig und gut, hier auch die Verantwortung zu benennen und anzusprechen. Das eine ist es, dies in München zu sagen; das andere ist es, in Berlin etwas zu tun. Da müssen Sie es aushalten, dass anscheinend im Bundeskanzleramt nicht ausreichend Verständnis vorhanden war und wir hier gemeinsam daran arbeiten müssen, dass das Verständnis besser wird. Es war wichtig, das anzusprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen, den Kollegen Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus, liebe Gäste auf unserer Tribüne! Die SPD will also Europa stärken. Wann erkennen Sie endlich, dass dieses Framing nicht mehr zieht? – Sie stärken nämlich nicht unseren schönen Kontinent, unser schönes Europa. Nein, Sie frönen damit dem Moloch der EU. Sie stärken damit den Brüsseler Bürokraten samt ihrer Regulierungswut den Rücken.

Um auf den geschätzten Kollegen Rinderspacher zu sprechen zu kommen: Sie loben Waffenlieferungen in Milliardenhöhe und stehen somit zumindest indirekt für den Tod Hunderttausender junger Männer.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf: Das stimmt aber nicht!)

Schlimmer noch, viel schlimmer noch: Eine schwarz-grüne Merz-Regierung wird sich in Brüssel ebenfalls für nichts anderes verwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie setzen auf Mächte, die alles Patriotische verlöschen lassen wollen. Sie stützen ein System, das in letzter Konsequenz nichts anderes will, als Nationalstaaten und damit unseren Nationalstaat zu beseitigen.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Politik ist deutschlandfeindlich. Die Umverteilungsfantasien der Sozialisten finden in Berlin gerade jetzt ihr Ende, weil sie den Tüchtigen hier im Land eben nicht noch mehr wegnehmen können. In der EU nennt sich diese Umverteilungsfantasie Kohäsionspolitik, und die endet genau dort, wo die letzten, die allerletzten Geberländer die sprichwörtlichen Hosen runterlassen müssen. Wir, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind Geberland. Unsere Wirtschaft war die produktivste, unsere Währung war die stabilste, unsere Verbrenner waren die innovativsten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Waren!)

Unser Land war das sicherste, und unsere Bürger sind heute noch die fleißigsten. Das ist der Grund, warum wir tun und darüber reden, was wir tun, liebe Kollegen. Der Kollege Matthias Vogler hat es in seiner Zwischenbemerkung gerade hervorragend dargestellt.

(Beifall bei der AfD)

Eines verspreche ich, versprechen wir Ihnen: Unsere Alternative wird dafür sorgen, dass Deutschland die Hosen eben nicht runterlässt. Wir geben dieser EU zwei Optionen: Entweder gibt es ganz grundlegende Reformen oder – Kollege Vogler hat es gut dargelegt – wir werden früher oder später für ihre Abwicklung sorgen.

(Beifall bei der AfD)

Die Familie der rechten Parteien in Europa wird weiter zu der dazu notwendigen Stärke anwachsen. Wie stark die Familie der rechten Parteien in Europa wächst, können Sie fast wöchentlich in den Medien verfolgen. Wir freuen uns darüber, dass unsere Freunde gerade in Österreich, in Ungarn und überall zu dieser Stärke in der Lage sind und dass wir gemeinsam eine Politik für die Menschen durchsetzen können, liebe Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bürger freier und befreundeter Vaterländer werden davon profitieren, wenn ihre Staaten wieder in einem gesunden Wettbewerb miteinander stehen, im Wettbewerb um die besten Ideen für die Wirtschaft, im Wettbewerb für das soziale Miteinander innerhalb der Länder und im Wettbewerb für die strukturelle Entwicklung ihrer Regionen. Das hat unseren Kontinent über viele, viele Jahrhunderte geleitet und entwickelt. Uns leitet, dass wir die Länder hier in unserem Europa, nicht der EU, wieder erstarren lassen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Die Menschen wollen in ihrem Herzen nichts weniger, als einfach nach ihrer Fasson glücklich zu werden, und eben nicht nach den Gleichschaltungsmechanismen der übergriffigen EU und nach den Gleichschaltungsfantasien der SPD hier im Bayerischen Landtag, liebe Kollegen.

Ihr Antrag zielt auf das Ausverhandeln der nächsten Siebenjahrespläne der EU. Schon das erinnert an die dunklen Zeiten der Fünfjahrespläne in der ehemaligen DDR. Damals schimpften wir es alle zusammen Sozialismus. Heute nennen wir es einfach Eurokratie. Damals wurde das Geld der Menschen durchs System gepresst, um die roten Kader zu nähren. Heute wird das Geld durchs System gepresst, um die Kommissare zu speisen. Auf der Strecke bleibt das Volk, insbesondere das deutsche Volk als Nettobeitragszahler dieses Systems.

Die SPD muss dem Hohen Haus nicht vorgaukeln, sie Sorge sich um die regionale Verankerung der EU-Politik. Dadurch wird ihr Stern gewiss nimmer heller. Das Dunkel, das unser Land über so viele Jahre bedeckt hat, das Dunkel, das sein Ende findet, nachdem wir der Ampel in Berlin den Stecker gezogen haben, das Dunkel endet in einer morgendlichen blauen Stunde

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind wer?)

mit unserer Kanzlerkandidatin Dr. Alice Weidel. Liebe Kollegen, es ist Zeit, mit ihr zusammen Deutschland und Europa neu zu denken. Dazu laden wir die Bürger ein.

(Beifall bei der AfD)

Ihren Antrag lehnen wir genauso ab wie den nachgezogenen Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen fröhliche Feiertage.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Satz zu Ihnen, Herr Böhm: Wenn man den Stecker zieht, dann wird es nicht heller. So viel vielleicht zu der Kompetenz, die Sie so mitbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Kohäsionspolitik oder – vielleicht einfacher ausgedrückt – die Regionalförderung hat große wirtschaftliche, soziale und auch gesellschaftliche Bedeutung für die Menschen in Europa und in allen Regionen, auch bei uns vor Ort hier in Bayern. Ziel ist vor allem, die regionalen Unterschiede zu verringern, die Resilienz zu stärken, die interregionale Zusammenarbeit voranzutreiben und Wachstum zu schaffen.

Bisher orientiert sich die Regionalförderung in Europa stark an regionalen Blickwinkeln. Das könnte sich in Zukunft ändern; das haben wir gerade schon gehört. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen plant zum einen, die Mittel zu kürzen, und zum anderen – das finde ich deutlich schwieriger –, vor allem national verstärkt zu steuern und die Kompetenzen der Regionen abzuschwächen. Dadurch wird am Ende – davon bin ich, davon sind die meisten von uns ziemlich überzeugt – insgesamt die Regionalförderung geschwächt. Ich glaube, das gilt es dringend zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig sind trotzdem Reformen notwendig. Die Herausforderungen im Rahmen der anstehenden Transformationsprozesse werden nicht geringer. Durch die Digitalisierung und den Kampf gegen den Klimawandel kommen große Veränderungen auf alle Regionen in Europa zu, egal wie man heute wirtschaftlich und strukturell aufgestellt und aufgebaut ist. Es kann sein, dass Regionen, die heute stark sind, in Zukunft möglicherweise in Zugzwang geraten und umgekehrt. Dagegen gilt es jetzt vorzugehen, um die Strukturen der Regionalförderung so anzupassen, dass sie am Ende die

bestmöglichen Chancen für alle Regionen bietet. Ich danke Robert Habeck als Wirtschaftsminister, dass er in diesem Bereich aktiv geworden ist und sich Gedanken gemacht hat, wie die Kohäsionspolitik in Zukunft auf andere Füße gestellt werden kann, um Kohäsionspolitik nicht mehr als Wohltätigkeitspolitik zu sehen, sondern vor allem als Politik, die Chancen identifiziert und Möglichkeiten schafft.

Dabei soll jede Region entsprechend ihrer Einzigartigkeit definiert werden, sie soll diese Einzigartigkeit weiterentwickeln und daraus Chancen, Möglichkeiten und Potenziale entwickeln. Wir müssen die Vernetzung der verschiedenen Ebenen und die interregionale Zusammenarbeit stärken. Wir müssen Synergien und die Vereinfachung der Antragsverfahren vorantreiben. Erst dann werden wir es schaffen, die Strukturreformen für den Umbau der Förderlandschaft einfacher und vor allem zielgerichteter auszugestalten. Die Lausitz ist nicht das Fichtelgebirge, und das Ruhrgebiet ist nicht Westmittelfranken. Wir in den Regionalparlamenten wissen um die Einzigartigkeit der verschiedenen Regionen. Wir kennen die Teichwirtschaft in der Oberpfalz und den Tourismus im Oberland. Wir wissen, welche interregionale Zusammenarbeit wir in der Bodenseeregion haben und wie die tschechisch-bayerische Zusammenarbeit ausgestaltet ist. Deswegen brauchen wir einen Bottom-up- und keinen Top-down-Ansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb hätte ich mir gewünscht, lieber Herr Kollege Hopp, dass vonseiten der CSU nicht wieder ein ähnlich lautender Antrag nachgezogen wird, sondern dass wir sagen, wir wollen gemeinschaftlich überfraktionell die bayerischen Interessen europaweit vertreten. Robert Habeck versucht, mit Polen und Frankreich, also liberalen und konservativ geführten Regierungen, gegen den Vorschlag von Frau von der Leyen vorzugehen und die Regionen zu stärken. Wir als Bayerischer Landtag können den Bundeswirtschaftsminister mit einem starken Mandat ausstatten, um unsere bayerischen Interessen auch europaweit voranzutreiben.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Hierbei würde ich um Ihre Unterstützung bitten. – Wir werden beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt spricht Frau Kollegin Ulrike Müller für die FREI-EN WÄHLER.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich bin froh, dass wir heute über dieses Thema sprechen. Es ist ein wichtiges Thema, und es geht um sehr viel. Es ist wahr, das Thema ist nicht neu. Schon bei den letzten Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen hat die Kommission versucht, die Kohäsionspolitik mit der Agrarpolitik zu verschmelzen. Die Pläne von Frau von der Leyen wurden im Juni zwischen Tür und Angel besprochen, und das geleakte Dokument, das jetzt endlich an die Öffentlichkeit gelangt ist, hat am 21. Oktober die Gremien in Brüssel erreicht. Ich bin sehr froh, dass der Ausschuss der Regionen hier sehr schnell und direkt reagiert hat und auch eine klare Position bezogen hat. Ich weiß, dass wir mit unserer Debatte hier nicht zu spät dran sind, weil die Kommissionspräsidentin im Juni 2025 den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorstellen wird. Deswegen können wir jetzt alle Möglichkeiten nutzen, um noch Einfluss darauf zu nehmen.

Wir haben zwei große Faktoren auf der europäischen Ebene, die mir im Moment besondere Sorgen bereiten. Dies sind zum einen die überbordenden Gesetzgebungen rund um den Green Deal. Es gab insgesamt 167 legislative Initiativen. 128 sind verabschiedet und davon erst 64 in nationales Recht umgesetzt worden, lieber Hubert Aiwanger. Hier können wir einfordern, die Doppelberichterstattungen der Mitgliedstaaten und Unternehmen noch einmal zu überarbeiten.

Das zweite Problem, das wir haben, sind die Finanzen. Wir hatten gestern unsere Haushaltsdebatte hier im Bayerischen Landtag. Ich kann Ihnen sagen, der mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union von 2021 bis 2027 umfasst 1.074 Milliarden Euro plus einen zusätzlichen Fonds von 750 Milliarden Euro aus EU-Eigenmitteln, die aber eigentlich mit Schulden finanziert sind. Eine Vergemeinschaftung der Schulden sollte es innerhalb Europas aber nicht geben. Das sieht der europäische Vertrag nicht vor, und niemand wird dafür zur Rechenschaft gezogen. Ich glaube, wir sollten eine ernsthafte Finanzpolitik betreiben; denn es geht um unsere Verantwortung für die nächsten Generationen.

Worum geht es nun im Detail? – Es geht um eine Milliarde Euro für Bayern im Bereich der ländlichen Entwicklung, der Struktur- und Kohäsionsfonds. Die Projekte wurden alle angesprochen. Es geht darum, aus über 300 unterschiedlichen Struktur- und Sozialfonds auf einen pro Mitgliedsland herunterzuberechnen. Wenn die Kommission zentralisieren möchte und sagt, 27 Mitgliedstaaten können einen Single Plan bekommen mit dem Budget, das für gewisse Politikfelder wie Energie, Klima, Transport, Landwirtschaft, soziale Migration, Verteidigung und Sicherheit ausgegeben werden darf, schrillen in den Regionen alle Alarmglocken, weil jede Regierung dann Schwerpunkte setzen kann, wofür dieses Geld gezielt ausgegeben wird. Ich glaube, hier müssen wir alle zusammenstehen.

Was ist zu tun? – Alle hier im Landtag gewählten Vertreter sämtlicher Fraktionen müssen auf ihre Europaabgeordneten zugehen und diese sensibilisieren. Wir müssen klar einfordern, dass wir Subsidiarität statt Zentralismus wollen. Das ist unser Thema! Auch die Kommission muss ihre Hausaufgaben machen und die rechtlichen Unsicherheiten in den unterschiedlichsten Gesetzgebungsverfahren noch einmal angehen, den Bürokratieabbau voranbringen und eine legislative Pause einlegen, damit die Mitgliedstaaten mitkommen und nach vorne blicken können. Wir müssen die gesamte Wirtschaft innerhalb Europas im Blick haben; denn die Wirtschaft bringt uns letztendlich die Innovationen, die wir für die Zukunft unserer Bevölkerung brauchen. Wir alle, die

wir hier sitzen, müssen zusätzlich über den Rat, den Ausschuss der Regionen und die EU-Parlamentarier unsere Mitverantwortlichen davon überzeugen, dass die Kohäsionspolitik ein wichtiger Bereich für die Menschen in den ländlichen Räumen ist. Dieses Geld ist friedensstiftend. Diese Menschen stehen zum gemeinsamen Europa.

Deswegen müssen wir als gewählte Vertreter, vom MdL bis zum Abgeordneten im Europäischen Parlament, unser Mitspracherecht einfordern und einbringen, um solche Pläne nicht umzusetzen, die für uns in Bayern verheerend sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir alle als gewählte Vertreter sehr wohl wissen, was unsere Bevölkerung braucht, und sehr verantwortungsvoll mit unserem Mandat umgehen. Deshalb fordere ich Sie alle auf: Helfen Sie uns, der Regionalförderung weiter diesen Stellenwert zu geben, den sie braucht. Helfen Sie alle mit, Subsidiarität zu leben und unsere Region Bayern zu stärken.

Ich wünsche Ihnen fröhliche Weihnachten! Vielleicht habe ich jetzt den Bogen hinbekommen. Wir müssen alle gemeinsam aufstehen und dafür kämpfen, sonst können wir diesen Status nicht halten. Wir sagen Ja zu Europas Regionen und Ja zu Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Böhm. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Ich will es an der Stelle nicht versäumen, der Vize-Ausschussvorsitzenden Frau Ulrike Müller an der Stelle ganz herzlich für den Hinweis zu danken, den du, liebe Ulrike, gerade gegeben hast: Wir alle, jeder von uns und jeder Bürger in der Europäischen Gemeinschaft, haftet für diese 750 Milliarden Euro an zusätzlichen Schulden, die eben ganz eklatant außerhalb der EU-Verträge aufgenommen worden sind. Dessen sollte sich zum Abschluss der heutigen Sitzung jeder klar sein. Da sollte jeder von uns darüber nachdenken. Danke für diesen Hinweis.

(Beifall bei der AfD)

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Danke, nichts hinzuzufügen.

Präsidentin Ilse Aigner: Damit habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 19/4315 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag vonseiten der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 19/4366. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen! – Gegenstimmen von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.